

KOMPETENZ

Entscheidend ist die Qualität der Lehre!

Fachtagung zum KBE-Projekt »Mediengestützte Fallarbeit« in Köln

Die erwachsenenpädagogische Diskussion des letzten Jahrzehnts war von der Förderung neuer Lernkulturen, neuer Strukturen wie den »Lernenden Regionen« und »Lernen vor Ort« sowie vom institutionellen Qualitätsmanagement geprägt. Dabei traten die Qualität der Lehre und damit die Fortbildung des lehrenden Personals in den Hintergrund. Zu Unrecht, denn in der Einschätzung der Weiterbildungsteilnehmer spielt die Leistung der Dozenten und Kursleiter eine entscheidende Rolle, weit vor den Rahmenbedingungen, die von den Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Und auch die PISA-Studien haben gezeigt, dass der »institutionelle« Faktor hinter die pädagogische Leistung des Lehrers zurücktritt. Die Leistungsunterschiede zwischen den Schulen sind häufig geringer als die Unterschiede innerhalb einer einzelnen Schule.

Lehren und Lernen müssen deshalb wieder ins Zentrum der Qualitätsdiskussion rücken, so Professor Josef Schrader, wissenschaftlicher Leiter des KBE-Projekts »Kompetenzentwicklung von Lehrenden durch mediengestützte Fallarbeit« anlässlich einer Fachtagung am 4. Februar 2010 im Kölner Maternushaus. Den wachsenden Anforderungen an die Lehre steht ein eher bescheidenes Fortbildungsangebot gegenüber, das zudem auf die Besonderheiten der Erwachsenenbildung wenig Rücksicht nimmt: Lehrende üben ihre Tätigkeit häufig aus, bevor sie ihr Fach lernen; sie verfügen über breit gestreute Lehrerfahrungen und sind häufig weniger daran interessiert, allgemeines erwachsenenpädagogisches Wissen zu erwerben, als problematische Praxissituationen besser bewältigen zu können. Zudem müssen prekäre Anstellungsverhältnisse ebenso

berücksichtigt werden wie ein geringes Zeitbudget, das im Bildungsalltag für die Fortbildung bleibt. Aus all dem ergibt sich der Bedarf an Fortbildungskonzepten, die gleichermaßen wissenschaftlich fundiert, praxisnah und flexibel einsetzbar sind.

Ziel der Fachtagung war es, mediengestützte Fallarbeit als ein Fortbildungsmodell zu präsentieren, das diesen Anforderungen entspricht. Es ist in dreijähriger Projektarbeit mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entwickelt worden und hat einen neuartigen Zugang gewählt: Zuerst wurden Kurse und Seminare per Video aufgezeichnet und im Hinblick auf erkennbare erwachsenenpädagogische Schlüssel-situationen analysiert. So konnten aus den Filmaufnahmen, die in acht Einrichtungen der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung stattfanden, Fälle gewonnen, didaktisch aufbereitet und in eine virtuelle Lernumgebung eingebunden werden. Das Konzept fand in Köln regen Anklang. Rund 40 Fachleute aus der Fortbildungspraxis und der erwachsenenpädagogischen Forschung hatten Gelegenheit, mediengestützte Fallarbeit selbst an »Lernstationen« zu erproben, die von Monika Bischlager (Münchner Bildungswerk), Roman Schaab (KEB Riedlingen), Carmen Herrmann (KiTa Saar) und Ingrid Weiss (Kolpingbildung Heilbronn) gestaltet wurden.

Das Konzept

Untereinem »Fall« ist eine 10-15-minütige Unterrichtssequenz zu verstehen, die eine für die Erwachsenenbildung typische Handlungssituation darstellt, z.B. die Eröffnung eines Seminars, die Leitung einer offenen Gesprächsrunde oder die Anleitung einer praktischen

Bildungsforschung soll gestärkt werden

Bundesbildungsministerin Annette Schavan und der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle, haben Anfang des Jahres vereinbart, Bildungsforschung und Bildungsmonitoring zu stärken.

So soll der unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erstellte Bericht »Bildung in Deutschland« künftig kontinuierlich erstellt werden. »Mit diesem Bericht haben wir innerhalb kurzer Zeit ein zentrales Referenzdokument für die bildungspolitische Diskussion geschaffen, das bei allen Beteiligten hohe Akzeptanz genießt«, erklärten Schavan und Spaenle.

Die Durchführung von Vergleichsstudien im Bildungsbereich auf nationaler und internationaler Ebene (PISA etc.) und die darauf bezogene Bildungsforschung in Deutschland sollen zukünftig aufeinander abgestimmt arbeiten. Dabei bildet die Tätigkeit des von den Ländern bereits im Jahre 2004 etablierten Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) die nationale Säule; hier wird unter anderem das Erreichen der nationalen Bildungsstandards im Ländervergleich überprüft.

Insgesamt sei Deutschland beim Ausbau von Bildungsforschung und -monitoring damit auf einem guten Weg, betonten die beiden Bildungspolitiker. Dazu trage auch bei, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Förderung der empirischen Bildungsforschung in den letzten Jahren ausgeweitet habe.

Übung. Diese authentischen Fälle bildeten die Grundlage der Fortbildung. Sabine Digel und Ralf Olleck, wissenschaftliche Mitarbeiter des Projekts, erläuterten, wie Fälle aufbereitet werden: Auf der einen Seite werden dem Nutzer Kommentare der beteiligten Akteure geboten, auf der anderen Seite Bausteine erwachsenpädagogischer Theorie. Auf beides kann er bei der Bearbeitung des Falles zurückgreifen, zugleich eigene Anmerkungen zum Fall machen, einzelne Sequenzen immer wieder anschauen, sie vertieft in Einzelarbeit oder in einer Lerngruppe bearbeiten.

Mit diesem Ensemble ergibt sich für Fortbildungsveranstalter und -teilnehmer eine bislang nicht gekannte Möglichkeit. Sie können ad hoc – dann, wenn ein Problem im Unterricht auftritt – auf die Fallbibliothek zurückgreifen, geeignete Fallpakete zusammenstellen und für ihre Fortbildung nutzen. Fortbildung schmiegt sich enger als bislang gewohnt an die eigene Praxis an. Man erwirbt nicht wie sonst üblich erst allgemeines Wissen, um es dann in der Praxis anzuwenden, sondern man geht von der erlebten und möglicherweise problematischen Praxis aus, um anhand dazu passender aufbereiteter Fälle zu lernen. Die in der computergestützten Lernumgebung abrufbaren Kommentare und Theoriebausteine sollen dazu anregen, neben der eigenen auch andere Perspektiven einzunehmen, also an Deutungskompetenz zu gewinnen. Denn das vertiefte Verständnis für die unterschiedlichen Facetten von Unterricht ist die Voraussetzung dafür, eigenen Unterricht planvoller zu gestalten und letztlich zu verbessern.

Forschungsergebnisse

Die Auswertung von acht Modellseminaren mit 90 Teilnehmern hat gezeigt, dass mediengestützte Fallarbeit ein attraktives Angebot ist. Kursleiter schätzen die Möglichkeit, auch am heimischen Computer lernen zu können, sind für neue Lernformen (z.B. Blended-Learning-Arrangements) auf-

geschlossen und finden sich und ihre eigene Kurs- und Seminarpraxis in den gezeigten Fällen gut wiedergegeben. Der technische Aufwand wurde in den Erprobungsseminaren in aller Regel nicht als hinderlich angesehen, im Gegenteil: Der fremde, als Video präsentierte Fall galt als besonders lernträchtig.

Die Modellseminare folgten einem standardisierten Muster. Sie erstreckten sich über vier Tage und bestanden aus der Bearbeitung eines Einstiegsfalls, dreier Übungsfälle und eines Abschlussfalls. Im Vorher-nachher-Vergleich ließ sich zeigen, dass Deutungskompetenz tatsächlich gesteigert werden kann. Die Abschlussfälle wurden facettenreicher und systematischer analysiert als die Einstiegsfälle. Dabei wurde entgegen ersten Erwartungen stärker auf die theoretischen Modelle Bezug genommen als auf die Perspektiven der Akteure. Vorschnelle Urteile in der Bewertung einer Unterrichtssituation, wie sie zu Anfang naheliegen, fanden sich am Schluss der Fortbildung seltener, die Perspektiveinnahmen und damit das Verständnis für unterrichtliche Sinnzusammenhänge haben sich erweitert.

Professor Erhard Schlutz, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Deutschen Institut für Erwachsenenbildung, sah in dem Konzept eine technisch überzeugende Fortentwicklung bewährter Modelle wie des situativen Lehrtrainings und des Micro-Teaching. Er plädierte dafür, das entstehende Falllaboratorium breit zu nutzen, etwa als Dokumentation »guten Unterrichts« oder als Instrument zur Reflexion eigener Bildungspraxis in sogenannten Communities of Practice. Zudem werde es in Zukunft darauf ankommen, klassische Fortbildungsformate und mediengestützte Fallarbeit auf intelligente Weise miteinander zu kombinieren.

Die mediengestützte Fallarbeit wird nun schrittweise ausgebaut. Ziel ist es, ein allen Bildungseinrichtungen zugängliches Falllaboratorium zu entwickeln, in dem sich möglichst viele Schlüsselsituationen des Unterrichts mit Erwachsenen wiederfinden. Bis

es soweit ist, braucht es allerdings noch erhebliche Entwicklungsanstrengungen. Dazu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung für weitere zwei Jahre Mittel bewilligt.

Reinhard Hohmann

Mindestlohn

Dass die Beschäftigten in der beruflichen Weiterbildung einen Mindestlohn erhalten sollen, hatte die EB (1/09) vor einem Jahr gemeldet. Doch unter der neuen Regierung hat sich die Situation wieder geändert. Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) hat im Februar 2010 den aktuellen Stand der Dinge erhoben. Demnach halten die FDP und Teile der Union einen gesetzlichen Mindestlohn für marktwirtschaftlich falsch, hingegen sind vor allem SPD und Linke der Auffassung, dass aufgrund der bisherigen Situation eine staatliche Regulierung notwendig ist. Eine Studie zur wirtschaftlichen Lage der Beschäftigten in der Weiterbildung macht jetzt zudem deutlich, wie schwierig die Situation für viele der rund 650.000 Lehrenden aktuell ist. Unter ihnen sind noch nicht einmal 15 % auf sozialversicherungspflichtiger Basis beschäftigt. Viele Lehrende müssen, um ein existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften, mehrere Vertragsverhältnisse eingehen. Die Aufnahme der Weiterbildungsbranche im Bereich von SGB III/II in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vom 24. April 2009 ebnete grundsätzlich den Weg zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Nun aber müssen weitere Hürden zu einer gesetzlichen Festlegung genommen werden, deren Bewältigung nicht zuletzt von der Haltung der neuen Regierungskoalition abhängt. Doch schon jetzt kann laut DIE die tarifliche Einigung für eine Stundenvergütung pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 12,28 € (West) bzw. 10,93 € (Ost) als Erfolg gesehen werden, denn die Bundesagentur für Arbeit empfiehlt, diesen Mindestlohn bei der Angebotskalkulation zu beachten.

TAGUNGEN

Die Menschen stärken

GEW-Herbstakademie

Unter dem Motto »Die Menschen stärken und die Dinge klären – politische Bildung und Handlungskompetenz« fand vom 26. bis zum 28. November die GEW-Herbstakademie 2009 in Weimar statt. In diesem Jahr kooperierte die Bildungsgewerkschaft GEW mit dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Ziel war es, für die politische Bildung Kräfte zu bündeln und ihr im Weiterbildungsbe- reich den gebührenden Stellenwert zu verschaffen. Konkret ging es der Herbstakademie darum, mit Nach- druck darauf aufmerksam zu machen, dass diese Bildungsaufgabe mehr als bisher gefördert werden muss. Die zur Abschlussdiskussion versammel- ten Vertreter und Vertreterinnen aller Bundestagsfraktionen stimmten der Forderung zu, dass politische Bil- dung nachhaltig zu fördern ist und Streichungen im Bundeshaushalt abzulehnen sind. Das betrifft sowohl die Finanzen der Bundeszentrale für politische Bildung wie auch die Mit- tel für den Kinder- und Jugendplan. »Die Parteien wissen genau, dass sich ein Rückgang an informierten und aktiven Bürgern für eine Demokratie negativ auswirkt«, betonte Stephanie Odenwald vom Hauptvorstand der GEW, »verantwortliche einsatzbereite Menschen werden gebraucht, sowohl für das soziale Zusammenleben wie auch in der Arbeitswelt.«

Etwa siebzig Teilnehmende aus Pra- xis und Theorie der Weiterbildung diskutierten in Weimar über die Not- wendigkeit, bei der Verständigung auf gemeinsame Bildungsziele in Europa – im Kontext des Europäischen Qua- lifikationsrahmens (EQR) als »learning outcomes« definiert – einen umfas- senden Begriff von Handlungskompe- tenz zugrunde zu legen. Eine Reduzie- rung allein auf arbeitsmarktbezogene Beschäftigungsfähigkeit werde dem Anspruch nicht gerecht, dass Men- schen die Fähigkeit erlangen sollen,

komplexe Zusammenhänge wie zum Beispiel die Wirtschaftskrise zu ver- stehen. Hier müssten einem breiten Publikum weitere Hilfestellungen geboten werden, um Politik kritisch beurteilen zu können, um selbst hand- lungsfähig zu sein und zur Lösung der gegenwärtigen sozialen Probleme beizutragen.

Überlegungen zum Qualifikationsrahmen

Der scheidende Vorsitzende des Bun- desausschusses Politische Bildung (bap), Theo W. Länge, stellte bei der Herbstakademie Überlegungen der außerschulischen Bildung zum Deut- schen Qualifikationsrahmen vor (vgl. das Interview mit Länge in EB 4/09). Länge benannte als zentralen Kritik- punkt am gegenwärtigen Stand des

DQR, dass hier die non-formale, also außerschulische Bildung nicht vor- gesehen ist. Zwar sei inzwischen die Rede davon, dass auch »informell« erworbene Kompetenzen Berücksich- tigung finden sollten. Aber erstens sei diese Berücksichtigung erst in einem weiteren Schritt, quasi als Anhängsel der derzeitigen DQR-Struktur, geplant; zweitens seien informelle Zusammen- hänge etwas anderes als organisierte Bildung außerhalb der Schule. Die Nicht-Berücksichtigung des non-for- malen Sektors könnte allerdings auch daher rühren, dass sich die entspre- chenden Akteure bisher nur zaghaft auf die Diskussion eingelassen hätten. Zu lange habe sich die Profession mit der Frage beschäftigt, ob der DQR für die außerschulische politische Bil- dung überhaupt ein Thema sei und ob man sich in die Diskussion um die Ausgestaltung eines nationalen Rah- mens einbringen sollte. In Anbetracht des eindeutigen bildungspolitischen Trends müsse die Antwort aber ein deutliches Ja sein.

js

erfolgreich.politisch.bilden

Demokratiekongress der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ende 2009 veranstaltete die Konrad- Adenauer-Stiftung (KAS), passender- weise einen Monat nach Antritt der neuen Regierung, einen »Demokratie- kongress« der politischen Bildung. Die Stiftung, die seit dem 1. Januar 2010 von dem neuen Vorsitzenden Hans- Gert Pöttering, ehemals Präsident des Europäischen Parlaments, geleitet wird, hatte unter dem Motto »erfolgreich. politisch.bilden« nach Berlin ingela- den und war damit nicht nur bei Bil- dungspartnern und Fachleuten, etwa aus dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap), sondern auch bei einem breiten Kreis von Interessierten und En- gagierte auf Resonanz gestoßen. Fast 400 Personen nahmen an dem Kon- gress teil, auf einem Markt der Mög- lichkeiten präsentierte sich eine bunte

Mischung von Bildungseinrichtungen und -anbietern, gerade auch aus der Erwachsenenbildung, und rund um die reale Tagung entspann sich eine Diskussion im Netz.

Ausgangspunkt des Kongresses war die bedenkliche Lage, in der sich die demokratische Ordnung der Bundes- republik – angesichts von Desinteres- se, Distanz und Ignoranz gegenüber der Politik oder der schwindenden Bindung an (Volks-)Parteien – befin- det. Eine Einführung zu den nation- alen und internationalen Heraus- forderungen gab der bis Ende 2009 amtierende KAS-Vorsitzende Bernhard Vogel. Bundestagspräsident Norbert Lammert knüpfte daran an und doku- mentierte mit seinem Auftritt ein wei- teres Mal, dass es für die Profession der

politischen Bildung einen Glücksfall darstellt, einen solchen Schirmherrn gefunden zu haben. Lammert wirkt ja an vielen Veranstaltungen und Initiativen der Bildungsträger mit, so hat er die Schirmherrschaft für den »Preis Politische Bildung« übernommen, der seit 2009 vom bap vergeben wird (vgl. EB 2/09).

Werner Blumenthal, Leiter der Abteilung Bildungswerke und Bildungszentren bei der KAS und bap-Vorstandsmitglied, legte im ersten Kongress-Forum »Auftrag Demokratie« besonderen Wert auf die Problemlagen, die »Baustellen« der politischen Bildung. Hier steuerten DVPB-Vorsitzender Prof. Dirk Lange und Lothar Harles von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der zurzeit den bap-Vorsitz wahrnimmt, Diagnosen zum Ist-Stand schulischer und außerschulischer Bildung bei. Harles skizzierte die Situation der freien Träger, wies auf die Schwierigkeiten – Stichwort: Kurzfristigkeit und Unsicherheit der Förderung –, aber auch auf die besonderen Chancen einer flexibel reagierenden außerschulischen Szene hin. Diese könne rasch und zielgenau dem Publikumsinteresse entgegenkommen, denn im Grunde sei dort, wo heute ernsthaft Gegenwartsprobleme verhandelt werden, politische Bildung immer mitgemeint.

Auf dem Kongress rückte auch das Internet, das ja die außerschulische politische Bildung zurzeit wieder besonders beschäftigt (siehe die Fachtagung des Runden Tisches), in den Vordergrund. Das zweite Forum »PB innovativ« befasste sich mit diesem Punkt, wobei das Stichwort »Web 2.0« lautete. Wie in einem Brennglas wurde hier noch einmal die Auseinandersetzung deutlich, die den Kongress grundsätzlich beim Verhältnis von repräsentativer und direkter Demokratie, von Parlamentarismus und Partizipation beschäftigte. Ist das Internet nur ein weiterer, möglicherweise überschätzter Informationskanal, der Kommunikationsprozesse ausweitet, beschleunigt und ökonomisiert? Oder geht es über solche quantitativen Veränderungen hinaus um eine neue Qualität, die

sowohl demokratiethoretisch als auch lerntheoretisch relevant ist und praktische Konsequenzen im Blick auf gesellschaftliche Teilhabe hat?

Informationen und Dokumente zum Demokratiekongress finden sich im Netz unter: www.kongress-politischebildung.de. Die Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung lautet: www.kas.de. Ausführlichere Berichte und Kommentare gibt es in AB 4/09 und PPB 1/10. Einzelheiten aus der Diskussion, die sich mit den Chancen und Herausforderungen des Internets befasste, wird PPB voraussichtlich in der Ausgabe 2/10 (Themenschwerpunkt: Web 2.0) aufgreifen.

js

»Das Geld beherrschen!«

Finanzmarkttagung des Katholisch-Sozialen Instituts

Die Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigt weiterhin die Politik und internationale Konsultationen wie etwa das Weltwirtschaftsforum, das Ende Januar 2010 in Davos stattfand. Aber auch die Erwachsenenbildung bleibt am Ball, so führte das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln Anfang Februar in Bad Honnef eine gut besuchte Finanzmarkttagung unter dem Motto »Das Geld beherrschen!« durch und knüpfte damit an seine Tradition sozialetischer Konsultationen an.

Ursachen und Perspektiven

Ethische und ökonomische Grundlagen einer humanen Gesellschaft standen im Mittelpunkt der Finanzmarkttagung, die einen bewussten Kontrapunkt zur oft oberflächlichen Behandlung des Finanzthemas in der Öffentlichkeit setzen wollte. Eingeladen waren Referenten von Banken, aus der Wissenschaft, von der UNCTAD, aus Nichtregierungsorganisationen und der Fachpresse sowie sozial engagierte Personen, für die die Orientierung an der katholischen Soziallehre eine Rolle spielt oder ein Angebot darstellt. Neben der Ursachenforschung ging es um Lösungsvorschläge, die sich nicht mit den zurzeit vorherrschenden Reparaturmaßnahmen an der auf Wachstum programmierten Wirtschaftsordnung zufriedengeben wollen.

Den Eröffnungsvortrag hielt Heiner Flassbeck, Chefökonom der UNCTAD und seinerzeit Staatssekretär unter dem kurzfristig amtierenden Superminister Oskar Lafontaine. Flassbeck sprach zu dem Thema: »Was hat die Finanzwirtschaft aus der Krise gelernt?«. Seine Antwort, die er an zahlreichen Beispielen aus dem Wirtschaftsleben illustrierte, lautete kurz und bündig: nichts! Speziell die deutsche Politik verharre in Untätigkeit. Flassbecks apodiktischer Einstieg gab Gelegenheit zu breiter Aussprache und weiteren Thesen, die sich sowohl mit den Triebkräften des bestehenden Wirtschaftssystems als auch mit Alternativen, etwa der »biblischen Ökonomie« als einem »Ausweg aus der Krise« (Thomas Ruster), beschäftigten.

Geldreform, Zinsreform, alternative Anlagemöglichkeiten, sozial engagierte oder regional tätige Banken waren Themen der Beratung über zukunftsweisende Perspektiven. Eine besondere Rolle spielten dabei die Ende 2009 veröffentlichten »9,5 Thesen gegen Wachstumszwang und für ein christliches Finanzsystem« einer christlich-sozialen Initiative, die inhaltlich eine deutliche Standortbestimmung vornehmen und gleichzeitig den Sammelpunkt für eine christliche, gerade auch innerkirchlich wirksame Sozialbewegung schaffen will (im Netz unter: <http://9komma5thesen.de>). Der Kernpunkt der Thesen, die die Tradition des kirchlichen Zinsverbots wiederaufnehmen, lautet: »Das Gebot

des Zinsverzichts ist gemeinsam mit dem Erlassjahrgebot das Grundgebot der biblischen Ökonomie, die eine solidarische ist.«

Den Abschluss der Finanzmarkttagung bildete eine Podiumsdiskussion, in der der Politikwissenschaftler und bekannte Globalisierungskritiker Professor Elmar Altvater zu den Reformvorschlägen Stellung nahm – gerade auch aus dem Blickwinkel der marxischen Analyse, die in den letzten Jahren neu in den Fokus der wissenschaftlichen Debatte gerückt ist. Altvater machte deutlich, dass der Ansatzpunkt beim Zins zwar einen wichtigen Funkti-

onsmechanismus der kapitalistischen Ökonomie treffe, damit aber nicht nur Techniken des Geldverkehrs, sondern die gesamte ökonomische Orientierung der Kapital-Verwertung angreife. Die Position sei also im Blick auf ihre ökonomischen Konsequenzen sowie auf die Erfordernisse einer politischen Bewegung zu überdenken.

Das Verhältnis von partikularer Reform und Dynamik des Gesamtsystems bestimmte auch die Debatte der Tagung. Hier gab es zu Altvaters Einschätzung, aber auch unter den Tagungsteilnehmern zahlreiche Wider- und Einsprüche. Konsens war,

dass sich der Kapitalismus mittlerweile wie eine Religion etabliert hat, der die Leistungsfähigkeit des Marktes als unumstößliches Dogma gilt, und dass Lösungswege in einer Form des Wirtschaftens gefunden werden müssten, die sich vom herrschenden Wachstumszwang verabschiedet. Diese Richtungsentscheidung aber, das zeigte die Tagung auch, hat noch nicht zu ordnungspolitischen Zukunftsentwürfen geführt, die ausdiskutiert sind und die die gemeinsame Plattform einer kritischen Sozialbewegung bilden könnten.

js

Web 2.0: eine neue Dimension der Bildung?

Beratungen des Runden Tisches für politische Bildung

Seit einiger Zeit macht das Web 2.0 von sich reden. Während sich die Experten noch streiten, ob die Fortschreibung des Internetbetriebs mit einer neuen Versions-Nummer sinnvoll ist, scheint jedenfalls so viel festzustehen: Die gute alte Welt des Internets mit ihren Verheißungen von Interaktion und wechselseitiger Kommunikation – das war es ja, was diese neue Form der Massenkommunikation von den älteren, monologisch angelegten Massenmedien unterschied – hat durch die Innovationen der letzten Jahre (soziale Netzwerke, Blogs, Wikis, Chatrooms, Foren...) wieder Auftrieb erhalten. Im Grunde steht das Kürzel 2.0 für die Rückkehr einer solchen Hoffnung auf die partizipatorischen, dialogischen Chancen der weltweiten Internetkommunikation, nachdem sich in den letzten Jahren eher Sorgen um die Kommerzialisierung, Pornografisierung, Verdummung, Gewaltverherrlichung breitgemacht hatten.

Bildung angefragt

Auch die Pädagogik ist von diesem Prozess betroffen. Kontrovers wird in der Bildungsszene allerdings die Frage diskutiert, ob sich mit dem neuen

Nachdruck auf der sozialen Netzwerkfunktion des Internets einschneidende Änderungen fürs politische System und für Bildungsprozesse ergeben. Der Runde Tisch der politischen Bildung, das Konsultations- und Koordinationsgremium von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Bildungsträgern, an dem die katholische Erwachsenenbildung über den Bundesausschuss Politische Bildung (bap) beteiligt ist, hatte dieses Thema im Jahr 2009 zu einem zentralen Gegenstand seiner Beratungen gemacht. Bei der Frühjahrssitzung referierte Jan-Hindrik Schmidt vom Hamburger Hans-Bredow Institut für Medienforschung über das Web 2.0 und seine (potenzielle) Bedeutung für die politische Bildung. Als Koreferat gab Carl Philipp Burkert einen Erfahrungsbericht von der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Schmidt machte deutlich, dass das Web 2.0 neue Möglichkeiten für die Bildungsarbeit bereithält, die weit über die bestehende Nutzung zur Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sowie zur Unterstützung von Bildungsprozessen (Informationsbeschaffung, Dokumentation von Ergebnissen etc.) hinausgehen. Durch die Netzwerke

werde es den Nutzern ermöglicht, »die eigenen Interessen, Erfahrungen oder Kompetenzen zu präsentieren, davon ausgehend soziale Beziehungen zu pflegen oder neu zu knüpfen und gemeinsam mit anderen relevante Informationen zu recherchieren, zu filtern, zu bearbeiten und weiter zu verbreiten«. Im Weiterbildungsbereich gibt es dazu mittlerweile langjährige Erfahrungen. Hierbei zeigte sich, dass für die außerschulische (politische) Bildung besonders die Verbindung von Online- und Präsenzveranstaltungen von Bedeutung ist, wobei an diesem Beispiel auch deutlich wird, dass die Realisierung virtueller Bildungsveranstaltungen nicht billiger als das herkömmliche Angebot ist.

Möglichkeiten des Internets

In den Beratungen des Runden Tisches wurden vielfältige Erfahrungen aus der Bildungsszene beigesteuert, die Chancen, aber auch Probleme (z.B. Datenschutz und -sicherheit) des Internets ansprachen. Theo W. Länge, bis Ende 2009 Vorsitzender des Bundesausschusses, wies auf die besonderen Möglichkeiten des Netzes hin, eine Verbindung von politischer

Bildung und politischer Aktion zu leisten; Verabredungen und Kontakte übers Internet könnten den Verlauf einer Veranstaltung ergänzen und so den Aktionsbezug dem politischen Lernprozess hinzufügen. Konsens war, dass das Netz als eine eigene politische Welt – auch mit seinen Modifikationen herkömmlicher Medienkompetenz – für die Bildungspraxis noch genauer zu sondieren sei. Im Ergebnis beschloss der Runde Tisch, vom 8. bis 10. Februar 2010 eine eigene Veranstaltung durchführen, die an die frühere Debatte über Medienethik (vgl. EB 1/05) anknüpft. Die gut besuchte Fachtagung »Web

2.0 in der politischen Bildung« fand im DGB-Bildungszentrum Hattingen statt (Ergebnisse finden sich im Netz unter: <http://pb21.de/>). Zahlreiche Workshops und Präsentationen informierten über die neuen Entwicklungen – Stichworte waren: Blogs, Facebook, Flickr, Netz-Communities, Podcasts, Social Bookmarks, Twitter, Webcams, You Tube, Wikis und Etherpads – und regten zur Auseinandersetzung an. Hier zeigte sich wie beim »Demokratie-Kongress« der Konrad-Adenauer-Stiftung (s.o.), dass mit der Netzfrage grundsätzliche Probleme der heutigen Demokratiekompetenz (Partizipation und Basisdemokratie; Macht, Herr-

schaft und Überwachung...) angesprochen sind. Lothar Harles von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der zurzeit den bap-Vorsitz wahrnimmt, griff solche Fragen nach Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit bei der Abschlussrunde auf: Auch beim Netz stößt man wieder auf die Herausforderung, Bildungsgerechtigkeit umzusetzen und Zugänge zu wichtigen Kommunikationsprozessen für alle offenzuhalten. – Ergebnisse der Tagung werden in der vom bap herausgegebenen Zeitschrift »Praxis Politische Bildung« (2/10) dokumentiert.

js

»Auf dem Weg aus der Krise«

Arbeitsgruppe der Bischofskonferenz legt Stellungnahme vor

Dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Befassung mit den Grundsatzfragen unserer Wirtschaftsordnung neu auf die Tagesordnung gesetzt hat, war Thema von EB 3/09. Dabei ging es besonders um die sozialetische Dimension, wobei das kirchliche Sprechen in der Krise – sei es im Blick auf die neue Sozialzyklika, sei es hinsichtlich der nationalen Entwicklungen bei EKD oder Deutscher Bischofskonferenz – ausführlich dokumentiert und diskutiert wurde. Die DBK beriet auf ihrer Frühjahrs- und Herbst-Vollversammlung 2009 über das Wirtschaftsthema und formulierte Eckpunkte, die als Anregung und Anstoß für einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess wirken sollen.

Neues DBK-Papier

Nach den sieben Eckpunkten, die im Frühjahr 2009 vorgelegt wurden, folgte zum Jahresende das Papier »Auf dem Weg aus der Krise – Beobachtungen und Orientierungen«, die Stellungnahme einer Arbeitsgruppe zur Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Kommission für gesellschaftliche

und soziale Fragen der Bischofskonferenz berufen hatte (erschieden als Nr. 30 der Schriftenreihe der DBK-Kommission, Bezug: www.dbk.de). »Der Wunsch, dass die Krise vorbei sei und nicht ganz so schlimm wie befürchtet, ist groß«, schreibt Kommissionsvorsitzender Erzbischof Reinhard Marx in seinem Geleitwort und fragt: »Sollen wir also zur Normalität zurückkehren? Heißt die Devise ›Business as usual‹?« Dies sei eine verbreitete Stimmung, »aber«, so Marx, »Krisen markieren Wendepunkte.«

Gegen eine Stimmung des »Weiter so« insistiert das Kommissionspapier darauf, dass vielmehr in einem Innehalten, in der Reflexion über den Ort, an dem wir stehen, und in den daraus folgenden Erkenntnissen und Entscheidungen die »Produktivität von Krisen« liegt. Erstaunlich ist dabei aber wieder das Loblied, das auf die Soziale Marktwirtschaft gesungen wird. Dass diese »die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, also Würde und Freiheit des Einzelnen und das Wohl aller, unter heutigen Bedingungen besser und nachhaltiger verwirklicht als alternative Systeme«, muss laut Marx »immer wieder neu

unter Beweis gestellt werden.«

Nun könnte man einwenden, dass die Soziale Marktwirtschaft dazu in Deutschland mehr als 60 Jahre Zeit hatte und dass sie genau das Gegenteil bewiesen hat: dass sie nämlich keinen Sonderweg einer ethisch orientierten Ökonomie darstellt, sondern integraler Bestandteil des Weltkapitalismus ist und an dessen finanzkapitalistischen wie anderen Brutalitäten maßgeblichen Anteil hat. Bei Marx wird das – wie auch in seiner Publikation »Das Kapital« ausführlich dargelegt – eigentlich nicht ignoriert. Er behilft sich aber mit dem Trick, die Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft hochleben zu lassen, während er ihrer »real existierenden« Gestalt alles mögliche Schlechte nachsagt. Faktisch hat sie das weltweite Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrunds gebracht, »dennoch gibt es keine Alternative« (Marx).

Welt auf Wettbewerb angewiesen

Entsprechend gehen die Beobachtungen und Orientierungen der Arbeitsgruppe von dem Grundsatz

aus: »Das Grundmodell der Sozialen Marktwirtschaft bleibt gültig.« Ohne Märkte und Marktwirtschaft funktioniert nichts, die Welt »ist auf Wettbewerb und Effizienz angewiesen... Andere Wirtschaftskonzepte, vor allem planwirtschaftliche, bieten keine Alternative: Sie haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, dass sie diesen Herausforderungen nicht genügen können, sondern sogar Elend und Leid erzeugen.« Im Unterschied zur Marktwirtschaft, die gerade bewiesen hat, dass sie sich, auch dank treuer Apologeten, durch die versammelten Herausforderungen der Globalisierungsära und das fortschreitende Elend von nichts abschrecken lässt.

Komplexes Ursachenbündel

Die Alternativlosigkeit des Weges gibt die Leitlinie für die Ursachenforschung im ersten Teil des Papiers ab. Verantwortlich sei ein »komplexes Ursachenbündel«, hier wird im Grunde eine Mixtur der populären Vorwürfe von Markt- und Staatsversagen geboten. Darauf folgen orientierende Gesichtspunkte zur Überwindung der Krise, die eine Dialektik von globaler Steuerung und nationaler Zuständigkeit beschwören. Das abschließende Fazit legt dann – leicht redundant – nochmals ein nachdrückliches Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Aufgaben der Bildungsarbeit werden in dem Papier nicht explizit angesprochen, wobei natürlich die Darlegung der Sozialprinzipien Leitschnur oder Anregung für entsprechende pädagogische Bemühungen sein kann. Bildungspolitik wird jedoch im Rahmen der Lösungsstrategien thematisiert, auf folgende Passage sei besonders hingewiesen: »Ein ausgrenzender Sozialabbau, ein Zurückfahren der für die Zukunft wichtigen Bildungsinvestitionen, deutliche Kürzungen bei der Entwicklungshilfe oder eine Vernachlässigung des notwendigen ökologischen Strukturwandels sind nicht zu vertreten.«

js

FINANZIERUNG

Bildungsausgaben 2009

Erhöhung um vier Prozent geplant

Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2009 Bildungsausgaben in Höhe von 97,9 Milliarden € veranschlagt, d.h. 4 % mehr, als für 2008 geplant waren. Zusätzlich wollen Bund, Länder und Gemeinden nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 8,7 Milliarden € für den Bildungsbereich zur Verfügung stellen. Diese Aufstellung hat das Statistische Bundesamt (Destatis) im Ende 2009 veröffentlichten Bildungsfinanzbericht 2009 vorgenommen. Im Jahr 2006, dem letzten Jahr, für das endgültige Angaben aus der Finanzstatistik verfügbar sind, gaben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 89,2 Milliarden € für Bildung aus. Der Bildungsfinanzbericht wurde vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz erarbeitet.

10-Prozent-Ziel bekräftigt

Er enthält neben den Ergebnissen der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte auch das umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Darin sind die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie die Forschungsausgaben enthalten. Dieses Budget ist ein wichtiger Orientierungspunkt für das Zehn-Prozent-Ziel des Bildungsgipfels. Auf dem Bildungsgipfel in Dresden im Oktober 2008 waren sich Bund und Länder in ihrem Beschluss zur Qualifizierungsinitiative darüber einig geworden, dass in Deutschland bis 2015 der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden soll. Dies wurde im Dezember 2009 bekräftigt. 2006 wurden in Deutschland vom öffentlichen und privaten Bereich 198,5 Milliarden € für

Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Das entsprach einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von etwa 8,5 %. 2007 waren es nach vorläufigen Berechnungen 203,9 Milliarden € (8,4 %).

Unter OECD-Durchschnitt

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2006 144,8 Milliarden € auf den Bildungsbereich (einschließlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen in Höhe von 9,5 Milliarden €), 49,3 Milliarden € auf Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie 4,4 Milliarden € auf Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur. Internationale Vergleiche wie der OECD-Bericht »Bildung auf einen Blick« beziehen sich auf einen Teil des Bildungsbudgets, beispielsweise auf die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Berufsbildung. In Deutschland entfielen hierauf 2006 111,9 Milliarden €. Das entsprach 4,8 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit liegt Deutschland hier deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 5,7 %.

Der Bildungsfinanzbericht 2009 enthält weitere Informationen zu den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben. Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial sowie umfangreichen Tabellen steht der Bericht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de als kostenloser Download zur Verfügung. In gedruckter Form kann der Bericht über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen und den Buchhandel bezogen werden.

JUBILÄUM

AdB feiert Geburtstag

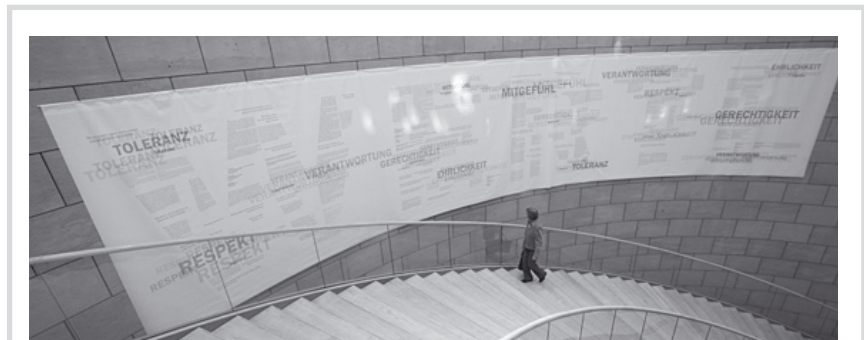
Festakt in Berlin

Im Dezember 2009 fand in Berlin die Feier zum 50. Geburtstag des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) statt. Der AdB, der auch die Geschäftsführung für den Bundesausschuss Politische Bildung (bap) wahrnimmt, ist einer der größten Zusammenschlüsse von Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Bei dem Festakt erinnerte Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, daran, dass die Demokratie so stark sei, wie die Menschen demokratisch sind. Politische Bildung könne Politik zwar nicht ersetzen, aber Plattformen für die Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten bieten. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär des BMFSFJ, würdigte die Leistung der Einrichtungen politischer Bildung beim Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und sicherte dem AdB wie dessen Mitgliedern die weitere Unterstützung seines Hauses zu. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, setzte sich mit der Rolle von Bildungsstätten auseinander und stellte ihre spezifischen Möglichkeiten bei der Vermittlung politischer Orientierung heraus, mahnte aber auch die Nutzung neuer Kommunikationsmöglichkeiten für die politische Bildung an. Tissy Bruns vom Berliner Tagesspiegel hielt das einleitende Referat auf der Fachtagung, die der Jubiläumsfeier vorausging. Ihre »kritischen Reflexionen zur Zeit: Krise der Demokratie?« gingen von der Finanzkrise aus, die zu der Frage nach den Gefährdungen der Demokratie Anlass gebe. Das finanzkapitalistische Desaster zeige nicht nur, dass die politische Kontrolle der Finanzmärkte gescheitert sei; seine Folgen hätten auch die demokratischen Ideale von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit kompromittiert. Thomas Krüger, Barbara Lochbihler (MdB) und Melanie Piepenschneider von der

Konrad-Adenauer-Stiftung nahmen in einer anschließenden Podiumsdiskussion zu den Ausführungen von Bruns Stellung. Piepenschneider konstatierte eine nach wie vor hohe Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell und sah größere Chancen für ein

besseres Image der Politik, wenn diese – wie auf der kommunalen Ebene – in kleinteiligeren Zusammenhängen erfahrbar werde.

Ausführliche Informationen zum Werdegang des Arbeitskreises seit den 50er-Jahren bietet jetzt auch die Festschrift, die zum Jubiläum erschienen ist: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hg.), »Werkstatt der Demokratie – 50 Jahre AdB. Beiträge zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung« (249 S., Essen, Klartext-Verlag).



Unübersehbar konnte sich die Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenen- und Familienbildung in Nordrhein-Westfalen im nordrhein-westfälischen Landtag in Szene setzen. Auffälligstes Element einer Ausstellung zum Projekt »Mehr Wert« war ein großes Transparent mit Schlüsselbegriffen zur Wertebildung. Landtagspräsidentin Regina van Dinterh eröffnete die Ausstellung.

UNESCO zu Krise und Erwachsenenbildung

Die UNESCO, die Bildungs- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen, hat eindringlich davor gewarnt, die globale Wirtschaftskrise als Rechtfertigung für Einschnitte in der Erwachsenenbildung zu missbrauchen. »In die Erwachsenenbildung investieren, heißt in Hoffnung und Chancen zu investieren und das ist Teil des Weges aus der Krise«, sagte die Generaldirektorin der UN-Organisation, Irina Bokova, bei der internationalen CONFINTEA-Konferenz der UNESCO in der brasilianischen Stadt Belém. An der Konferenz vom Dezember 2009 nahmen Regierungsvertreter aus 156 Staaten teil, darunter mehr als 80 Bildungsminister. Bokova betonte, die Krise habe sich von den Topbanken in Städte und Dörfer auf der ganzen Welt ausgebreitet. Die Krise »trifft die Schwächsten am härtesten und macht die Welt unsicherer«. Deswegen sei heute mehr denn je der Zeitpunkt, die Mittel in diesem Bereich zu erhöhen und die Kraft der Erwachsenenbildung zu erkennen, um Armut in Chancen zu verwandeln. Die ehemalige bulgarische Außenministerin verwies zudem darauf, dass es heute weltweit unter den Erwachsenen 774 Millionen Analphabeten gebe. Zwei Drittel davon seien Frauen. Dies habe dramatische Konsequenzen für das Wohlergehen der Kinder und Familien: »So können wir keine verlässliche Zukunft aufbauen.« Von deutscher Seite war unter anderen der Präsident der deutschen UNESCO-Kommission, Walter Hirche, nach Brasilien gereist. Die CONFINTEA-Konferenz findet etwa alle zwölf Jahre statt. 1997 war zuletzt Hamburg Ausrichter der Tagung.

Arbeitshilfe: Alters- und Familienbildung

»Altersbildung im Kontext der Familienbildung« lautet der Titel einer Arbeitshilfe, die die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung Anfang 2010 vorgelegt hat (Autoren: Hartmut Heidenreich, Irmgard Neuß). Die Praxishilfe geht von der Einschätzung aus, dass der demografische Wandel in Deutschland und die sich verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen zu großen gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch zu neuen Chancen führen werden. Während die verwandtschaftlichen Netzwerke kleiner würden, stünde die Familie gleichzeitig immer größer werdenden Aufgaben gegenüber, weshalb es eine zentrale Aufgabe der Zukunft sein dürfte, das Potenzial der familiären Netzwerke zu bewahren und zu stärken. Dabei sind, so die Bildungsreferentin der BAG, Angelika Tuschhoff, auch Einrichtungen der Familienbildung gefragt. Sie könnten aktive und aktivierende Zentren für Jung und Alt sein und mit Bildungsangeboten die Interaktion zwischen den vier Lebensaltern, ehrenamtliches Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe fördern, die Potenziale der Menschen füreinander zum Leben bringen und zu einer neuen Arbeitsteilung von Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten beitragen.

Die Praxishilfe beschreibt in einem ersten Teil die Altersbildung als Aufgabe, die ihre Begründung in den Veränderungen der Demografie und des individuellen Lebenslaufs findet, und benennt Optionen einer entsprechenden Bildungspraxis. In dem Beitrag »Altersbildung im Kontext der Familienbildung« werden wichtige Herausforderungen für die Einrichtungen der Familienbildung im Rahmen von neuen Bildungskonzepten skizziert. Im Hauptteil finden sich dann zahlreiche Konzepte und Ideen als Anregung für die praktische Arbeit. Die Bundesarbeitsgemeinschaft geht davon aus, dass zum Kompetenz-Tableau der

Familienbildung auch die Fürsorge-, Pflege- und Generationenkompetenz gehören. Daher ist es ihr Wunsch, dass die Beiträge der Praxishilfe in vielen Einrichtungen der Familienbildung zu einer vertieften Auseinandersetzung über Altersbildung im Kontext der Familienbildung und zur intergenerationalen Bildungsarbeit beitragen. Bezug: Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung, Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf. Die Arbeitshilfe wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

EKD zum Strukturwandel des Alters

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat Anfang 2010 eine Orientierungshilfe vorgestellt, die dem Thema »Alter« gewidmet ist. Der Text, der den Titel »Im Alter neu werden können – Evangelische Perspektiven für Individuum, Gesellschaft und Kirche« trägt, legt dar, dass sich die Veränderungen der letzten Zeit im Blick auf die Lebensphase Alter noch nicht in einem veränderten gesellschaftlichen und kulturellen Umgang mit dem Alter widerspiegeln. Die Orientierungshilfe will Mut machen, die Chancen zu ergreifen, die mit dem veränderten Alter einhergehen. Dazu erinnert der Text an die Grundeinsicht des Glaubens, dass Menschen in Gottes Gegenwart immer wieder neu werden und neu anfangen können. Die Orientierungshilfe will deutlich machen, dass die »neuen Alten« auch die Kirche verändern werden. Viele alte Menschen, so die Bischöfin, wollten sich mit ihren Fähigkeiten selbstbestimmt einbringen und erwarteten entsprechende Möglichkeiten in der Kirche. Die Publikation ist im Gütersloher Verlagshaus erschienen (ISBN 978-3-579-05912-9). Nähere Informationen finden sich im Netz unter www.ekd.de.

KBE auf dem ÖKT

Der 2. Ökumenische Kirchentag (ÖKT), der unter dem Motto »Damit ihr Hoffnung habt« steht, findet vom 12. bis 16. Mai 2010 in München statt (im Netz: www.oekt.de). Dort ist natürlich auch die katholische Erwachsenenbildung vertreten. So veranstaltet die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) gemeinsam mit der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) Diskussionsforen zum Schwerpunktthema des vorliegenden EB-Heftes; beide Organisationen sind auch mit Ständen präsent.

Veranstaltungen

13. Mai, 16.00-17.30 Uhr: »Leidenschaft kennt keinen Ruhestand – Talente entfalten – Potenziale realisieren«, Zentrum Älter werden

14. Mai, 11.00-12.30 Uhr: »Grau meliert trifft digital versiert... Intergenerationelle Bildung und Generationengerechtigkeit«, Aula der Hochschule für Philosophie, Kaulbachstr. 31a

Stände 13.–15. Mai: KEB München und Freising zusammen mit der AEEB KEB Bayern zusammen mit der Katholischen Akademie in Bayern
Standort: Agora – A5, H24 (Halle A, Gang H, Stand 24), 2. Halle vom Eingang Messe-Halle Ost



Das Grundlagenpapier der KBE zur intergenerationellen Bildung und Generationensolidarität: »Leben. Miteinander. Lernen.« von 2009